

position

**Die EU in der neuen Weltordnung:
Souveränität sichern, Handlungsfähigkeit
herstellen**

20. Februar 2026

Die Europäische Union steht an einem historischen Wendepunkt. Die internationale Ordnung, die über Jahrzehnte auf Rechtsstaatlichkeit, Multilateralismus und verlässlichen Partnerschaften beruhte, wird zunehmend von Machtpolitik, militärischer Abschreckung und technologischer Dominanz verdrängt. Einflusszonen werden neu gezogen, Verträge relativiert, wirtschaftliche Abhängigkeiten gezielt als politisches Druckmittel eingesetzt. In dieser Welt gilt nicht mehr die Stärke des Rechts, sondern immer häufiger das Recht des Stärkeren.

Zusammenfassung der BGA-Forderungen:

Entscheidungsfähigkeit der EU sofort erhöhen

- Abschaffung des Einstimmigkeitsprinzips in der Außen-, Sicherheits- und zentralen wirtschaftspolitischen Koordinierung; Einführung von qualifizierter Mehrheit als Regelfall.
- Krisen- und sicherheitspolitische Entscheidungen müssen binnen Wochen, nicht Monaten möglich sein.

EU-Institutionen verschlanken und Verantwortlichkeiten klären

- Reduzierung und Neuzuschnitt der EU-Kommission mit klar abgegrenzten Zuständigkeiten und strategischem Führungsauftrag.
- Verbindliche Fristen für Gesetzgebungsverfahren und Folgenabschätzungen; automatische Beendigung bei Fristüberschreitung.

Demokratische Führung klar regeln

- Verbindliche Anwendung des Spitzenkandidatenprinzips ab der nächsten Europawahl – notfalls über eine interinstitutionelle Vereinbarung ohne Vertragsänderung.
- Fester Zeitplan: Konstituierung des Parlaments vor Personalentscheidungen der Kommission.
- Einführung transnationaler Listen zur Stärkung europäischer Verantwortung und zur Begrenzung nationaler Blockaden.

Handelspolitik strategisch neu ausrichten

- Beschleunigung und Priorisierung von Freihandelsabkommen mit geopolitisch relevanten Partnern (z. B. ASEAN, Australien, VAE).
- Klare Trennung von Marktöffnung und Detailregulierung: Keine zusätzlichen Berichtspflichten oder regulatorischen Nebenbedingungen in Handelsabkommen.
- Handel als Instrument der Versorgungssicherheit (Rohstoffe, Energie, Vorprodukte) systematisch nutzen.

Bürokratieabbau und Verhältnismäßigkeit sicherstellen

- Sofortiger Stopp aller neuen Berichtspflichten sowie Überprüfung und Aussetzung bestehender Pflichten, sofern sie Investitionen, Liquidität oder Wettbewerbsfähigkeit belasten.
- **„One Single Reporting Tool“:**
Einführung eines einheitlichen europäischen Meldesystems, das Mehrfachmeldungen vermeidet und bestehende Berichtspflichten bündelt.
- **Berichtspflichten vom Unternehmen her denken – nicht von der Behörde.**
Maßstab muss der **Gesamtaufwand für das Unternehmen** sein, nicht die Einzelperspektive jedes Regulierungsvorhabens.
- **Gesamtbelastung im Blick behalten:**
Kumulative Effekte verschiedener EU-Rechtsakte müssen systematisch erfasst und begrenzt werden.
- **Fokus auf den Grenzübergang statt auf jede Handelsstufe.**
Entscheidend ist die Kontrolle beim Markteintritt bzw. an der Grenze – nicht, dass jeder Händler entlang der Wertschöpfungskette identische Daten erneut weiterreichen muss.
- **Zentraler Datenzugang statt redundanter Pflichten:**
Aufbau einer sicheren europäischen Datenbanklösung, auf die autorisierte Stellen zugreifen können – unter Wahrung des Schutzes sensibler Lieferketteninformationen (z. B. durch Blockchain-Technologie oder vergleichbare Lösungen).
- **Verhältnismäßigkeitsprüfung als zwingende Voraussetzung für neue Regulierung,**
insbesondere mit Blick auf KMU und mittelständisch geprägte Branchen.
- **Rückbesinnung des EU-Gesetzgebers auf ordnungspolitische Kernaufgaben:**
Setzen klarer Rahmenbedingungen statt unmittelbarer operativer Eingriffe in Unternehmensprozesse.

Sicherheitspolitische Eigenverantwortung Europas stärken

- Europäisierung der Verteidigung durch gemeinsame Planung, Beschaffung und Standards.
- Abbau nationaler Parallelstrukturen zugunsten einheitlicher europäischer Systeme (z. B. Panzer, Luftfahrzeuge, Ausrüstung).
- Klare politische Entscheidungen zur langfristigen europäischen Abschreckungsfähigkeit.
- Technologische Souveränität schützen
- Europäische Kontrolle über kritische digitale Infrastrukturen und KI-Anwendungen.
- Förderung europäischer Schlüsseltechnologien als sicherheits- und wirtschaftspolitische Priorität

1. Warum strategische Handlungsfähigkeit der EU für den Groß- und Außenhandel entscheidend ist

Gerade für den Groß- und Außenhandel ist geopolitische Stabilität keine abstrakte Größe, sondern unmittelbare Geschäftsgrundlage. Offene Märkte, funktionierende Lieferketten und verlässliche Handelspartner setzen voraus, dass internationale Regeln gelten, durchgesetzt werden können und von einer handlungsfähigen Europäischen Union getragen werden. In einer Welt, in der militärische Macht offen eingesetzt wird, um politische und wirtschaftliche Interessen durchzusetzen, geraten Lieferketten unter Druck: Handelsrouten werden unsicher, Seewege blockiert, Exportkontrollen und Sanktionen politisiert. Resiliente Lieferketten lassen sich unter diesen Bedingungen nur sichern, wenn die EU außen-, sicherheits- und wirtschaftspolitisch eigenständig handlungsfähig ist.

Ohne eine handlungsfähige EU droht der Groß- und Außenhandel zwischen geopolitischen Machtblöcken zerrieben zu werden mit unmittelbaren Folgen für Wertschöpfung, Beschäftigung und soziale Stabilität in den Mitgliedstaaten.

2. Institutionelle Reformen der EU – Voraussetzung für Handlungsfähigkeit

Vor diesem Hintergrund ist die Handlungsfähigkeit der EU zur Schicksalsfrage geworden. Die EU kann es sich nicht leisten, außen- und sicherheitspolitisch weiter im Einstimmigkeitsprinzip gefangen zu bleiben, während andere Akteure mit militärischer Macht Fakten schaffen. Entscheidungen müssen in deutlich mehr Politikfeldern – insbesondere in der Außen- und Sicherheitspolitik – mit qualifizierter Mehrheit getroffen werden, um Blockaden einzelner Mitgliedstaaten zu überwinden. Dabei geht es nicht um einen Verlust nationaler Souveränität, sondern um deren kollektive Sicherung in einer erweiterten Union.

Wie ernst die Lage ist, lässt sich auch ökonomisch klar belegen. Während die Europäische Union Anfang der 1990er-Jahre noch rund ein Viertel der globalen Wirtschaftsleistung erbrachte, ist ihr Anteil heute auf deutlich unter ein Sechstel geschrumpft. Parallel dazu hat China seinen wirtschaftlichen Einfluss massiv ausgeweitet und seinen Anteil an der Weltwirtschaft innerhalb weniger Jahrzehnte vervielfacht. In zentralen Industrien und Zukunftsbranchen geraten europäische Unternehmen dadurch zunehmend unter Druck, teils verlieren sie Marktanteile in rasantem Tempo. Diese Entwicklung ist kein statistisches Randphänomen, sondern Ausdruck eines strukturellen Problems: Während andere Wirtschaftsräume strategisch bündeln, investieren und skalieren, verliert die EU an relativer wirtschaftlicher Schlagkraft. Genau deshalb reicht es nicht mehr aus, auf inkrementelle Anpassungen zu setzen.

Bereits 2024 hat Mario Draghi in seinem Bericht zur Wettbewerbsfähigkeit der EU darauf hingewiesen, dass Europa in strategisch kritischen Bereichen seine Handlungsfähigkeit grundlegend stärken muss. Später brachte er diese Notwendigkeit auf den Punkt: „In kritischen Bereichen muss die EU weniger wie ein Staatenbund und mehr wie ein Bundesstaat handeln.“ Dafür braucht es eine verschlankte Europäische Kommission mit klaren Zuständigkeiten, schnellere und verbindlichere Gesetzgebungsverfahren sowie eine konsequente Neuordnung der Kompetenzen zwischen EU und Mitgliedstaaten, um Doppelstrukturen und lähmende Ineffizienzen zu beseitigen. Kurz gesagt: Die EU muss den Mut aufbringen, mehr Europa zu wagen, dort, wo ihre Zukunft entschieden wird.

3. Demokratische Reformen: Handlungsfähigkeit der EU sichern

Die Handlungsfähigkeit der EU entscheidet sich nicht nur an politischen Zielen, sondern an ihren Verfahren. Wer Verantwortung tragen soll, muss klar benannt werden. Wer führen soll, muss nachvollziehbar bestimmt werden. Das Spitzenkandidatenprinzip ist dafür ein zentrales Instrument und sollte verbindlich gelten.

Eine Anpassung der EU-Verträge wäre der konsequenteste Weg, dieses Prinzip dauerhaft abzusichern. Zugleich ist bekannt, dass Vertragsänderungen Zeit brauchen und ihr Ausgang ungewiss ist. In einer Phase tiefgreifender geopolitischer und wirtschaftlicher Umbrüche ist Stillstand jedoch keine Option. Deshalb braucht die EU eine pragmatische Lösung. Eine interinstitutionelle Vereinbarung zwischen Europäischem Parlament, Europäischem Rat und Europäischer Kommission kann das Spitzenkandidatenprinzip verbindlich machen – schnell, wirksam und ohne langwierige Vertragsdebatten.

Entscheidend ist ein klarer Zeitplan: Erst muss sich das Parlament konstituieren, dann dürfen die zentralen Personalentscheidungen folgen. Zur Stärkung der Handlungsfähigkeit gehört auch eine Reform des europäischen Wahlrechts. Transnationale Listen können dazu beitragen, europäische Politik aus der Logik nationaler Einzelinteressen zu lösen und stärker an gemeinsamen Zielen auszurichten. Sie stärken die europäische Dimension parlamentarischer Arbeit und reduzieren Renationalisierungstendenzen.

Vor diesem Hintergrund könnte auch die Zusammenführung der Ämter der Präsidentin bzw. des Präsidenten der Europäischen Kommission und des Europäischen Rates einen entscheidenden Beitrag zur Stärkung der EU leisten. Würde dieser sogenannte „Doppelhut“ mit dem Spitzenkandidatenprozess verbunden und über transnationale Listen bei den Europawahlen in allen Mitgliedstaaten direkt zur Wahl gestellt, entstünde an der Spitze der EU ein starkes Exekutivamt. Dieses würde politische Handlungsfähigkeit mit einer hohen demokratischen Legitimation verbinden. Ein europäischer Präsident wäre damit unmittelbar den Unionsbürgerinnen und Unionsbürgern verantwortlich und dies sogar ohne zwingende Vertragsänderung.

All dies setzt eines voraus: politischen Willen zur Reform. Die Instrumente liegen auf dem Tisch. Die Notwendigkeit ist erkannt. Entscheidend ist nun, dass die Mitgliedstaaten und die europäischen Institutionen bereit sind, Verantwortung zu übernehmen und Reformen nicht weiter aufzuschieben. Demokratische Reformen sind kein Selbstzweck. Sie sind Voraussetzung dafür, dass die EU geschlossen handeln, Entscheidungen zügig treffen und ihre politischen, wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Interessen wirksam vertreten kann.

4. Handelspolitik als geopolitischer Gestaltungsraum der EU

Die Verschiebungen im globalen Machtgefüge schaffen für die EU einen neuen Handlungsspielraum. Immer mehr Staaten streben danach, ihre wirtschaftlichen Beziehungen breiter aufzustellen und Abhängigkeiten von einzelnen Großmächten zu verringern. Dieses Umfeld eröffnet der EU die Möglichkeit, sich als stabiler, berechenbarer und partnerschaftlicher Akteur zu positionieren.

Während andere Wirtschaftsräume zunehmend auf Druckmittel, Exportkontrollen oder handelspolitische Drohkulissen setzen, kann die EU mit Verlässlichkeit und Regelbindung

punkten. Handelsabkommen sind dabei weit mehr als Instrumente der Marktöffnung: Sie sind ein zentraler Baustein zur Sicherung von Lieferketten, zur Diversifizierung von Bezugsquellen und zur Stabilisierung internationaler Wertschöpfung. Eine aktive europäische Handelspolitik stärkt zugleich die industrielle Basis der EU. Sie erleichtert den Zugang zu Wachstumsmärkten, verbessert die Wettbewerbsbedingungen für europäische Unternehmen und reduziert strategische Abhängigkeiten bei kritischen Rohstoffen und Vorprodukten. Damit wird Handel zu einem Schlüssel für wirtschaftliche Souveränität und Versorgungssicherheit.

Gerade deshalb muss die EU ihre Verhandlungen über neue Freihandelsabkommen fokussierter führen. In der aktuellen geopolitischen Lage bleibt keine Zeit für kleinteilige Detaildebatten oder die Einflechtung zusätzlicher, paralleler Nachhaltigkeitsberichtspflichten. Solche Überfrachtungen verzögern Abschlüsse, erhöhen Komplexität und untergraben das Vertrauen potenzieller Partner. Nicht selten werden sie als bevormundend wahrgenommen und schwächen damit die Attraktivität der EU als verlässlicher Handelspartner.

Gleichzeitig gilt: Hohe ökologische und soziale Standards bleiben Teil des europäischen Selbstverständnisses. Sie entfalten jedoch nur dann Wirkung, wenn sie praktikabel ausgestaltet sind und den Abschluss strategisch wichtiger Abkommen nicht blockieren. In einer Phase beschleunigter globaler Neuordnung ist Zögern ein Wettbewerbsnachteil. Für den Groß- und Außenhandel ist daher klar: Eine entschlossene, pragmatische und strategisch ausgerichtete Handelspolitik der EU ist Voraussetzung für resiliente Lieferketten, verlässliche Partnerschaften und nachhaltigen Wohlstand.

5. Sicherheitspolitische Realität anerkennen

Die EU muss erkennen, dass sie sich langfristig nur selbst verteidigen kann. Auf den amerikanischen Nuklearschirm ist kein verlässlicher Automatismus mehr gegeben. Strategische Eigenverantwortung ist keine ideologische Option, sondern eine sicherheitspolitische Notwendigkeit.

Eine realistische Alternative besteht darin, Frankreich beim Ausbau seiner *Force de Frappe* zu unterstützen, sofern Paris im Gegenzug zusichert, seine nukleare Abschreckungsdoktrin explizit auf alle EU-Mitgliedstaaten auszuweiten. Parallel dazu muss die EU ihre konventionelle Verteidigung konsequent europäisieren: gemeinsame Planung, gemeinsame Beschaffung, gemeinsame Standards: Ein europäischer Kampfpanzer statt nationaler Parallelentwicklungen; Ein europäisches Jagdflugzeug; Ein einheitliches Sturmgewehr. Effizienz, Interoperabilität und strategische Schlagkraft müssen Vorrang vor nationalem Prestige haben.

6. Technologische Macht als geopolitische Schlüsselfrage

Die Machtverteilung der Zukunft entscheidet sich nicht allein auf dem Schlachtfeld, sondern im Netz. Die großen Techkonzerne des Silicon Valley sind längst nicht mehr nur Wirtschaftsakteure. Sie sind Instrumente zur Durchsetzung globaler Dominanzansprüche – ökonomisch, technologisch und zunehmend politisch. Wenn die EU zulässt, dass KI-Giganten geistige Arbeit entwerten und digitale Wertschöpfung monopolisieren, gefährdet sie nicht nur einzelne Branchen, sondern die Grundlagen ihrer Demokratie und ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Technologische Souveränität ist damit keine Nebenfrage, sondern eine Voraussetzung für politische Unabhängigkeit und wirtschaftliche Stärke.

7. Schlussfolgerung

Wenn die EU und insbesondere Deutschland als ihr wirtschaftliches Schwergewicht nicht rasch auf einen Kurs wirtschaftlicher Stärke und militärischer Eigenverantwortung einschwenkt, droht langfristig eine Aufteilung der Welt in geopolitische Machtblöcke, ohne europäische Führungsrolle. Für den Groß- und Außenhandel, für die Wirtschaft insgesamt und für den Wohlstand der Bürgerinnen und Bürger wäre das kein abstraktes Szenario, sondern ein reales Risiko. Die Zukunft der EU entscheidet sich jetzt: durch Mut zur Reform, zur Eigenverantwortung und zur strategischen Stärke, als Grundlage für Versorgungssicherheit, stabile Lieferketten und nachhaltigen Wohlstand.